

LESERBRIEFE

Abtreibung ist ein Verbrechen auf Büttenspapier (Edelpapier)

In der «Vaterland»-Ausgabe vom Dienstag, 6. September, und der «Liewo»-Ausgabe vom 11. September sind wir als geschlossene Familie an die Öffentlichkeit getreten. Nachträglich möchten wir uns noch wie folgt äussern: Die Argumente der Arbeitsgruppe Schwangerschaftskonflikte beruhen auf unseriöser Statistikauswertung. Faktum ist: Seit dem Jahr 2003 ist die Abtreibungsrate z. B. in der Ostschweiz um rund 5 Prozent gestiegen.

Zudem gab es in der Schweiz im letzten Jahr 11 092 Abtreibungen, in Österreich waren es laut Schätzungen des Bundesministeriums für Gesundheit zwischen 30 000 und 40 000 Abtreibungen.

Hier drängt sich die Frage auf, warum die Initiative «Hilfe statt Strafe» ein Gesetz aus Österreich übernehmen möchte, wo die Abtreibungsrate dreimal höher ist als in der Schweiz und das bei gleicher Einwohnerzahl. Das Fehlen jeglicher Abtreibungsfrist bei einer möglichen Behinderung mag da eine Rolle spielen. Von einem Beleg, dass durch die Einführung der Fristenregelung die Abtreibungszahlen gesunken seien, kann also keine Rede sein.

Familie Stefan und Bernadette Toldo-Bargetze, Grosse Bongert 24, Triesen

Ein klares Nein zu «Hilfe statt Strafe»

Bezugnahme zum Forum «Ihre Stimme zählt! Worum es «Hilfe statt Strafe» wirklich geht» («Vaterland», 13. September 2011)

Wie kann man ungeborenes Leben als unendlich wertvoll bezeichnen und gleichzeitig für eine Fristenlösung kämpfen? Zudem wird keine Frau, die abtreibt, bestraft. Wieso spricht man von Bestrafung verzweifelter Frauen? Die Aussagen in diesem Bericht sind unendlich widersprüchlich!

Eva-Maria Toldo, Gymnasiastin, 18 Jahre, Grosse Bongert 24, Triesen

Quo vadis Europa?

Am 18. Dezember 2007 wurde während der 62. UNO-Generalversammlung ein Moratorium gegen die Todes-

strafe beschlossen. Tags darauf forderte der italienische Intellektuelle Giuliano Ferrara, Chefredaktor von «Il foglio», dazu auf, das Moratorium auf die vorgeburtlichen Personen auszuweiten. Er schreibt dazu: «Eine Milliarde und mehr Abtreibungen, die durchgeführt wurden, seit die Rechtsordnung die berüchtigte und willentliche Abtreibung zulässt, betreffen Personen, die völlig unschuldig sind (...), die gezeugt und zerstört wurden durch die blosser Macht von Wunsch und Verlangen.»

Der Wunsch, Kinder nicht zu wollen, und sich selbst bis zu einem gewissen Punkt zu hassen, dass man sich selbst der Liebe amputiert, das ist der grösste Skandal unserer Zeit, eine katastrophale Wunde, die bis in das Innere die Fäden und den möglichen Zauber der modernen Gesellschaft zerreisst.

Dr. Bernard Natanson verdanken wir tiefe Einblicke in das verlogene und manipulierte Verhalten der Abtreibungslobby. Er veröffentlichte eine Ultraschall-Dokumentation einer Abtreibung, die verdeutlicht, dass das Kind in den hintersten Winkel flüchtet und schreit, bevor ihm die Gliedlein ausgerissen werden. Die Kinder erleiden qualvolle Schmerzen!

Es ist unbestritten, dass das Töten Unschuldiger dem göttlichen Willen widerspricht. Wer dauernd in Gottes Schöpfungsordnung pfuscht, bringt sich selber um. Und in der Tat, Europa steht vor der biologischen Selbstauflösung. Menschenverachtende Ideologien sind allgegenwärtig und werden von der EU und der UNO gefördert. Was tun die Christen? Sie schweigen. Nicht alle. Aber alle, die die Position ablehnen, dass sexuelle Präferenzen beliebig seien und jeder auf sexuellem Gebiet das leben könne, was er für richtig halte, wird wie ein Rassist und Antisemit behandelt.

Die Gender-Ideologie gefährdet in höchstem Masse die Meinungsfreiheit und beinhaltet das grösste Umerziehungsprogramm aller Zeiten, das die Gesellschaft in ihrem Kern verändern wird. Man kann sagen, Europa liegt kulturell in den letzten Zügen und wird untergehen, wenn es sich nicht wieder zu seinen christlichen Wurzeln bekennt.

Kein Staat und keine Demokratie hat das Recht, über Mehrheitsbeschluss Gesetze über Leben und Tod des ungeborenen Lebens zu erlassen. All diese Staaten, die solche Gesetze erlassen, verbauen sich ihre Zukunft selbst. Unsere Kinder werden Fremde im eigenen Land! Europa stirbt aus

und niemanden scheint es zu interessieren!

Rosmarie Feger, Im Sand 15, Triesen, Julius Risch, Unterfeld, Triesen

Burgkapelle Gutenberg: Soll das Land jetzt auch noch zahlen?

Ich kann leider zur publizierten Meinung unseres Regierungschefs, das Land müsse/solle jetzt auch noch die Johaller Stiftung ablösen, nur sagen, dass ich dies für völlig falsch halte. Wieder einmal wird voreilig Geld hinausgeschmissen, nur weil das die schnellste Problemlösung bringe. Ich schrieb es S. E. dem Erzbischof (Brief im «Vaterland» von Dienstag, 13.9.2011), dass die willkürliche Verweigerung der Benediktion der Burgkapelle ausjudiziert gehört vor weltlichen und kirchlichen Instanzen.

Das erzbischöfliche Nein ist nicht das letzte kirchenrechtliche Wort. Warum macht das Land nicht den Erzbischof schadenersatzpflichtig? Warum nicht so eine Lösung weiter verhandeln, aussitzen? Ich werde auch die Duplik auf die erzbischöfliche Antwort publizieren. Die Genehmigung des Sonderkredites kann zurzeit dem Landtag nicht mit einer ausgereiften Begründung beantragt werden.

Dr. h.c. lic.iur. Walter Matt, Werdenbergerweg 11, Vaduz

Neuerungsansätze unseres Regierungschefs

«Liechtensteiner Vaterland», Dienstag, 13. September 2011

Er möchte

- eine Regierungsreform mit fixen Ministerien durchführen.
- die Legislatur auf 5 Jahre ausdehnen
- die Verwaltung in vier Zentren, davon eines neu im Unterland, zusammenführen und damit Effizienzen nutzen.
- für die Bevölkerung zwei Bürgerportale zur Erledigung der Schalterdienste schaffen.

Dies alles, um die politische Handlungsfähigkeit des Landes zu stärken! Solche Vorschläge sind wirklich unterstützenswert!

Alexander Sele, Rotenbodenstrasse 16, Triesenberg

Schüler entdecken Architektur

Auf den Spuren namhafter Architekten: Schüler der Oberschule Triesen. Bild pd

Schüler der Oberschule Triesen wurden im Kunstmuseum zu Scouts ausgebildet. Deren Aufgabe besteht darin, ihren Mitschülern das Modell «Metora – ein Projekt für die Berge» näherzubringen, welches für die Klassenbesuche zugänglich gemacht wird.

Triesen. – Die Auseinandersetzung mit dem Werk «Metora» von Gloria Friedmann im Kunstmuseum ist der Auftakt für die Projektwoche der Oberschule Triesen vom 26. bis 30. September. Im Zentrum steht diesmal das Thema Natur und Architektur. Die Natur soll als Lern- und Erfahrungsraum für die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit gebautem Raum dienen. Das planvolle Entwerfen und Gestalten von Bauwerken wird anhand von konkreten Beispielen sichtbar. Die bedeutsame Wechselwirkung von Mensch und Raum und die Herausforderung, welche der Architektur damit auferlegt ist, sollen

die Jugendlichen auf ihren Wanderungen und Ausflügen auf den Spuren namhafter Architekten erfahren.

Das Projekt zielt darauf ab, den Heranwachsenden die Möglichkeit zu geben, sich mit Architektur und Natur einerseits und dem Berufsbild des Architekten andererseits auseinanderzusetzen und zu erleben, was sie in Bezug auf dieses Thema in sich selbst und in den anderen wahrnehmen. Es soll sie in ihrem (Selbst-)Bewusstsein fördern und stärken und die Bedeutung der Architektur für Menschen in den Fokus rücken. Entgegen der üblichen Herangehensweise von Informationsvermittlung, bei der die Jugendlichen primär Zuhörer sind, sollen sie hierbei zu «Stauenden» werden und in ihrem Erleben neue Wege ihrer Ausdrucksfähigkeit entdecken. In einer Nachbearbeitungsphase sollen Produkte entstehen, die dann in einer Vernissage am Donnerstag, 29. September, um 19 Uhr im Schulhaus der Weiterführenden Schulen Triesen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Jedermann ist herzlich eingeladen. (pd)

LESERBRIEF

Geburtshilfe im Landesspital

International wird darüber diskutiert, ob Geburtsabteilungen mit weniger als 500 Geburten pro Jahr aus Qualitätsgründen geschlossen beziehungsweise mit anderen zusammengeführt werden sollen. In Vaduz kamen 2009 253 Kinder und 2010 nur noch 194 Kinder zur Welt, also 22 % weniger als im Vorjahr, aus welchen Gründen auch immer. 2010 fanden also 3 bis 4 Geburten pro Woche statt.

Eine Geburtenabteilung ist 365 Tage im Jahr rund um die Uhr besetzt.

In Vaduz teilen sich den Dienst 6 bis 8 Hebammen, das heisst also, nur etwa jede zweite Woche sieht eine Hebamme eine Geburt. Wird damit ein Qualitätsstandard erreicht, der bei uns gefordert wird? Wäre gerade dies nicht eine Abteilung, die für eine Kooperation super geeignet ist, um mitteleuropäische Qualitätsstandards mit entsprechenden Fallzahlen zu erreichen und nicht zuletzt auch Kosten einzusparen? «Uesers Landesspital» ja, so aber nein.

Jack Quaderer, Feldkircherstrasse 33, Schaan

FORUM

Zur «Fristenlösung» im Fürstentum Liechtenstein**Nachstehend veröffentlichen wir eine Stellungnahme von Vox Populi.**

Am Wochenende vom 16. bis 18. September 2011 stimmt die liechtensteinische Bevölkerung über die Einführung einer Fristenlösung ab.

Bis dato steht die Abtreibung eines ungeborenen Kindes (egal in welcher Schwangerschaftswoche) in Liechtenstein unter Strafe. Dieser Passus soll nunmehr gestrichen werden. Dies bedeutet, dass die Tötung eines ungeborenen Kindes auch im Fürstentum Liechtenstein bis zur 12. Woche der Schwangerschaft vorgenommen werden kann (nach vorhergehender Beratung von einem Arzt und zwischen der Beratung und dem Schwangerschaftsabbruch müssen mindestens drei Tage liegen).

Eine ungewollte Schwangerschaft ist eine Situation, die sich die betroffene Frau nie gewünscht hat. Durch diverse Umstände scheint es vielen Frauen unmöglich, das Kind auszutragen und durch die Verzweiflung über die Situation halten viele die Abtreibung für das

«geringere Übel». Einer solchen Frau dann mit einer «Beratung» nach dem Motto «es ist mir egal, wie Du Dich entscheidest» zu begegnen – Neutralität oder Ergebnisoffenheit heisst ja nichts anderes – ist unterlassene Hilfeleistung. Was wir dieser Frau, wie jedem verzweifelten Menschen, dem wir begegnen, schulden, ist: Wertschätzung, Anteilnahme und Hilfsbereitschaft. Das sollte der Massstab für gute Schwangerschaftskonfliktberatung sein. Mit Bevormundung, wie manche Ideologen uns weismachen wollen, hat das nichts zu tun – ganz einfach deshalb, weil keine Frau der Welt sich eine Abtreibung wünscht.

Es geht hier um die Frage, ob das Selbstbestimmungsrecht der Frau über das Lebensrecht eines ungeborenen Kindes gestellt werden soll. Wir sind der Meinung: Nein. Jeder Mensch hat das Recht darauf, zu leben, und niemand hat das Recht, über Leben und Tod eines anderen zu entscheiden.

Wem Schwangere, deren Familien und deren Kinder wirklich am Herzen liegen, der sollte sich für eine Beratungsstruktur und staatliche Unterstützungsmassnahmen einsetzen, die

echte, individuelle Hilfe auf dem Fundament eines klaren Jas zum Leben gewährleistet. Also eine «Hilfe statt Tötung». Wir fordern deshalb, dass der Staat die nötigen Voraussetzungen schafft, damit ein Kind auch unter schwierigsten Umständen in einem gesicherten Umfeld aufwachsen kann. Es ist verwerflich, dass eine Gesellschaft die Tötung eines ungeborenen gesetzlich billigt und auf der anderen Seite propagiert, die Familie stärken zu wollen. Diese Doppelmoral ist auf das Schärfste zu verurteilen.

Wer den Gegnern der Fristenlösung vorwirft, die Augen vor der Realität zu verschliessen, der sollte sich vielleicht einmal fragen, warum die «Realität» so aussieht, dass in Österreich im Jahre 2010 78 742 Geburten (belegte Zahlen auf www.statistik.at) geschätzte 30 000 Abtreibungen gegenüberstehen (Schätzungen aus dem Jahre 2008, nachzulesen auf www.profil.at). Dies zu kommentieren ist überflüssig, die Zahlen sprechen für sich.

Es sind die Befürworter der Fristenlösung, welche die Augen vor der Realität verschliessen. In den mitteleuropäischen Ländern werden heute Hun-

dertausende von Kindern abgetrieben. Dies ist unter anderem auch eine Ursache, welche zum demografischen Wandel beiträgt. Die Länder können die Problematik heutzutage nur noch mittels Einwanderung eindämmen.

Obwohl wir es als besonders drastisch empfinden, dass ein werdendes Leben bei einer (Zitat) «abwendbaren ersten Gefahr für das Leben oder eines schweren Schadens für die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren erforderlich ist oder eine ernste Gefahr besteht, dass das Kind geistig oder körperlich schwer geschädigt sein werde und in allen diesen Fällen der Abbruch von einem Arzt vorgenommen wird; oder wenn der Schwangerschaftsabbruch zur Rettung der Schwangeren aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Lebensgefahr unter Umständen vorgenommen wird, unter denen ärztliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist» bis kurz vor Geburt abgetrieben werden kann, ist dies nicht der entscheidende Punkt für uns, denn jedes Leben ist schützens- und lebenswert.

Der faule Kompromiss, welchen uns die Vaterländische Union und die

Fortschrittliche Bürgerpartei hier präsentieren wollen, spricht ebenfalls für sich. Anstatt den Zerfall der traditionellen Werte zu stoppen, werden diese Werte mittlerweile von den Grossparteien regelmässig torpediert.

Wir fordern:

- Nein zu «Hilfe statt Strafe», weil dieses Gesetz keine Hilfe ist.
- Nein zum Gegenvorschlag von FBP und VU, weil dieser Vorschlag an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten ist. Wenn die Frau entkriminalisiert werden soll, dann soll dies auf ganzer Linie geschehen, das heisst für uns, das der Schwangerschaftsabbruch in Liechtenstein straffrei werden soll und von einem Arzt in Liechtenstein ausgeführt werden könnte. Doch dies lehnen wir entschieden ab.

- eine nachhaltige Familienpolitik, welche diesen Namen auch verdient. Die Familie muss im Mittelpunkt des Staatsinteresses stehen. Das bedeutet für uns, dass eine Abtreibung von unserem Staat nicht legalisiert werden kann, da sie den Grundinteressen des Staates zur Förderung der Familie zuwider läuft. Dies darf unter keinen Umständen toleriert werden.